



Hier ist Deutschland!

Politik wird von Menschen gemacht. Sie kann aber auch nur von Menschen geändert werden. Resignieren nach dem Motto: »Was kann ich denn schon tun« ist sinnlos. Jeder einzelne kann etwas verändern, wenn er nur will. Eine starke Gemeinschaft wie die NPD kann den etablierten Versagerparteien das Leben zur Hölle machen und unser Land nachhaltig verändern. Doch nur, wenn man sich zu einer Idee bekennt, und nicht nur im stillen Kämmerlein meckert, bewegt sich etwas. Machen Sie mit!



Bild: © Gerd Altmann / PIXELIO

Ungebremst in die Krise

Jetzt liegen die Fakten vor. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte die Werte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das IV. Quartal 2008. Es ist um 2,1% gesunken. Dies ist der größte Rückgang seit der deutschen Teilvereinigung. Seit dem II. Quartal 2008 schrumpft das BIP. Da die Krise schon im IV. Quartal 2007 absehbar war, muß die Reaktion der Etablierten als verfehlt bewertet werden. Wenn Sie jetzt arbeitslos werden oder sich Ihre private Altersvorsorge in Luft auflöst, dann wissen Sie, wem Sie ihr Elend zu verdanken haben.

Informationen für mündige Bürger

Jetzt reicht's!
npd.de

Kommentar



Das BRD-System ist der Fehler!

Unser systemkritischer Ansatz dient den Etablierten bis heute zur immer wiederkehrenden Begründung der angeblichen Verfassungsfeindlichkeit der NPD.

on der Nachkriegszeit schlidern.« usw. - Das wird natürlich in erster Linie die sozial Entrechteten, die Lohnsklaven und die Familien treffen. Die Banker und Manager werden weiter abkassieren, und während viele Arbeiter der Automobilkonzerne und Zulieferer Kurzarbeit schieben und Lohnverzicht hinnehmen müssen, zahlt der Staat mit unseren Steuern auch die Verluste der Autohersteller.

Nun ist die Krise da, und das Ende des liberalkapitalistischen BRD-Systems scheint gekommen. Doch selbst in der Krise bleiben die systemimmanenten Kräfte der BRD bei ihrem Globalisierungswahn der offenen Grenzen und des Freihandels, dem unsere deutschen Arbeiter mehr und mehr schutzlos ausgeliefert sind. Dabei sprechen sie weiter von den »Selbsteilungskräften des Marktes« und geben 500 Milliarden für die Banken. Welch ein Widerspruch! Sie verabschieden ein Konjunkturprogramm nach dem Gießkannenprinzip.

Wie einfach wäre da doch eine Marktberichtigung, durch die Fabrikate ausländischer Hersteller durch Zölle wesentlich teurer würden als deutsche Autos und inländische Produkte mit Steuererleichterungen und staatlichen Kreditgarantien gefördert würden. Die staatlichen Hilfen würden so nicht dazu verwendet, die Spekulationsblasen der Banken aufzufüllen und die Managergehälter weiter zu garantieren, sondern die Arbeitsplätze für Millionen deutsche Arbeitnehmer auch künftig zu sichern.

Eines ist jetzt schon absehbar: Die Zeche werden weder die Banken, noch die Großindustrie zahlen, sondern wieder einmal der »Kleine Mann«. Die groß angekündigten Hilfspakete der BRD-Regierung werden nicht halten, was sie versprechen. Bald wird allen bewußt, daß derartige Maßnahmen nicht nur Fehler sind, sondern das System der Fehler an sich ist!

Es liegt auf der Hand, daß das Superwahljahr 2009 zu einem Supergau der Systemparteien wird, denn die Bürger begreifen bereits, daß sie verschaukelt werden. Sie müssen denen da oben nur endlich die Rechnung präsentieren und NPD wählen!

So pfeifen es die Spatzen von den Dächern: »Die Wirtschaftskrise wird härter als befürchtet.«, »Die BRD könnte in die schwerste Rezession

Udo Voigt
NPD-Parteivorsitzender

Fortsetzung auf Seite 2

Kauft bei Deutschen!

Maßnahmen gegen die Krise

Europa und damit auch Deutschland werden derzeit von einer Finanzkrise heimgesucht, die das Potential hat, sich zur größten Wirtschaftskrise seit 1929 auszuweiten. In der Automobilindustrie wird schon dazu übergegangen, die Beschäftigten in Kurzarbeit zu schicken oder wenn es möglich ist, ganz auf die Straße zu setzen.



Auch in anderen, für unsere Volkswirtschaft und die materielle Versorgung unseres Volkes wesentlichen Branchen sieht es nicht rosig aus - Massenentlassungen, Produktionsstillstand und verteuerte Waren werden die logischen Folgen sein.

die fehlende staatliche Beaufichtigung des für die Etablierung einer stabilen Volkswirtschaft wesentlichen Bankensektors und der schleichende Bedeutungsverlust sowohl nationalstaatlicher Kompetenzen als auch der nationalen Außengrenzen führten dazu, daß

der Staat sich selbst der Möglichkeit beraubte, wirksamen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung zu nehmen. Dieser Prozeß ist als Globalisierung in aller Munde.

über den Tellerrand zu schauen, um endlich Maßnahmen zu ergreifen, die inländischen Wirtschaftskreisläufe in Gang zu setzen und zu stärken, tun ihr übriges zu den weithin sichtbaren Fehlentwicklungen in unserem Land.

Doch wie kam es zu dieser Entwicklung und Anhäufung von Problemen, fabulierten doch namhafte etablierte Polit-Bonzen noch vor nicht all zu langer Zeit vom Aufschwung und rasanten Beschäftigungszuwächsen? Dieser Traum kann als ausgeträumt bezeichnet werden, denn die gravierenden Mängel, Fehleinschätzungen und Unzulänglichkeiten in der Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte können nicht ohne weitreichende Konsequenzen bleiben. Die einseitige Ausrichtung am Export,

Die Dummheit und die Arroganz der Systempolitiker, sich zu weigern, auch mal



Vorläufiger Höhepunkt der Farce mit dem Titel »Alois Mannichl« war die Empfehlung des bayerischen Innenministers: Der gescheiterte Held aus Passau möge schweigen, um die Angelegenheit nicht weiter zu erschweren.

Die »Bluttat von Passau« ist eines der typischen Bei-

spiele bundesdeutscher Medienhysterie, die zeigen, daß Vernunft längst nicht mehr zu den tragenden Elementen unserer Kultur gehört.

Das untergehende System eines gescheiterten Liberalextremismus braucht wie jede gescheiterte Herrschaftsform seine Scheiterhaufen. Als der Passauer Polizist, dem inzwischen nicht wenige zutrauen, er habe die Tat sogar selbst inszeniert, als Opfer des großen unbekanntes »Nazis« regelrecht gefeiert wurde, da war die Verbindung gleich hergestellt: Mannichl mit dem eigenen Messer verletzt - NPD muß verboten werden.

Kriminaltechnische Fragen schien man sich erst gar nicht zu stellen: Etwa, seit

Mannichls Theaterstadt

wann ein Attentäter sich das Messer beim Opfer ausborgt, um es dann in seinem Garten hinter dem Haus zu deponieren? Oder: Können deutsche Polizeibeamte neuerdings noch nicht einmal eine Personenbeschreibung anfertigen? Daß die NPD rein gar nichts mit dem Anschlag zu tun hat, stört die Politiker und ihre willigen Medienvollstrecker wenig. Immerhin hätte sie es gewesen sein können.

Widersprüche über Widersprüche

Wie weit die Hysterie geht, sah man, als schon alle Felle für die Glaubwürdigkeit Mannichls weggeschwommen

waren: Da zauberte man schnell noch eine »Zeugin« aus dem Hut, die bedroht worden sei. Von wem? Natürlich vom unbekanntes »Rechtsradikalen«. Während das neue »Opfer« angeblich vom Täter gewürgt wurde, konnte sie doch deutlich (im Dunkeln) die Springerstiefel des jungen Herrn sehen. Nach Logik muß man hier erst gar nicht mehr suchen.

Diese medialen Panikatacken sind die letzten Zukunftsprognosen eines Systems, das sich an den Börsen verzockt und die letzten Reserven des Volkes verjubelt hat. Um den letzten Akt dieser Tragödie hinauszuzögern, braucht man nun wohlklingende Kon-

junkturpakete und einen richtigen Bösewicht. Die bundesdeutschen Systempolitiker sind allerdings bescheidener als ihre US-Kollegen und bombardieren nicht fremde Länder, sondern bekämpfen »nur« die nationale Opposition im eigenen Land.

Die wahren Probleme der Bundesrepublik

Die Nationalen sind »gefährlich« geworden, weil sie die Auflösungserscheinungen nicht nur vorausgesehen haben, sondern auch noch gute Wege aus der Krise aufzeigen. Die Deutschen wissen: Wir leiden nicht an Gewalt von Rechts. Wir leiden unter

einer grassierenden gesamtgesellschaftlichen Gewalttätigkeit, die etwa aus Einwanderung oder Werteverfall resultiert - das läßt sich tagein, tagaus in den multikulturellen Mischbiotopen fast aller bundesdeutschen Großstädte studieren.

Das Gewaltmonopol des Staates wurde ja gerade durch liberale und grüne Traumtänzer unter der Mithilfe von CDU und SPD abgeschafft. Die NPD steht dagegen für dieses Gewaltmonopol des Staates, in dem zukünftig wieder die Interessen des eigenen Volkes im Vordergrund stehen müssen. Für beides wird die NPD sorgen.



Heimat

Für uns Nationaldemokraten ist Heimat mehr als ein Wort. Heimat, das ist der Boden, auf dem unsere Väter gelebt haben, auf dem wir wirken und auf dem unsere Kinder und Enkel weiter schaffen wollen. Die Liebe zu dieser Heimat ist für uns der Motor unseres politischen Handelns. Politik muß der Heimat verpflichtet sein und den Menschen, die in ihr leben – niemandem sonst. Heimat ist nicht austauschbar und darf nicht an Fremde veräußert werden. Wie achten das Heimatrecht aller Völker dieser Welt.



Freiheit

Freiheit ist für die NPD Voraussetzung für jede staatliche Gemeinschaft. Wir verstehen aber Freiheit nicht nach dem Lust- und Laune-Prinzip, sondern als Freiheit, unser Schicksal zu bestimmen und eine Unabhängigkeit gegenüber äußeren Zwängen zu erlangen. Wir verstehen Freiheit nicht als Freiheit »von«, sondern als Freiheit »für« etwas. Wir sorgen uns, daß unter dem Vorwand von Terrorismus- oder Extremismusbekämpfung die bürgerlichen Freiheiten geopfert werden. Ohne Freiheit der Gemeinschaft gibt es keine Freiheit des einzelnen.

Trauer-Glos hat abgewirtschaftet

Berlin. Kein blankes Entsetzen verbreitete in der Hauptstadt die überraschende Meldung, daß der Bundeswirtschaftsminister Michael Glos sein Amt zur Verfügung stellt. Der in der Öffentlichkeit als Trauer-Glos wahrgenommene gelernte Müller war seit November 2005 Bundeswirtschaftsminister. Im Mittelalter wurden Müller als unehrenhaft eingestuft. In wie weit diese negative Eigenschaft heute dem Verhalten des Trauer-Glos zugemessen werden kann, angesichts der größten Wirtschaftskrise seit 1929, ist öffentlich umstritten.

Eine Reihe kritischer Zeitgenossen bemerkt zum Fall des Trauer-Glos, daß er zeitgestalterisch Akzente setzt, indem er den Büttner für Fasching und Karneval noch rechtzeitig Stoff lieferte. Darauf sollten sich mehr Bundespolitiker verlegen.

Angst vor Überfremdung

Berlin. Einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge sind in den neuen Bundesländern über 30 Prozent der Befragten der Auffassung, Ausländer kämen nur nach Deutschland, »um den Sozialstaat auszunutzen«. Ebenfalls über dreißig Prozent der Mitteleuropäer sind laut der Studie auch der Meinung, daß deutsche Arbeitsplätze zuerst Deutschen zustünden und daß »die Bundesrepublik in einem gefährlichen Maße überfremdet ist«. Bei Arbeitslosen und Rentnern wird diese Aussage sogar von 50 Prozent der Befragten geteilt. Auch in den alten Bundesländern sei die Zustimmungsrate von mehr als 20 Prozent »besorgniserregend hoch«.

Erfolgreiche Bundesregierung

Nürnberg. Alle Initiativen der Bundesregierung, Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen, sind weitgehend verpufft. Wie die *Süddeutsche Zeitung* jetzt von der Bundesagentur für Arbeit (BA) erfährt, konnten nur etwas über zehn Prozent der angestrebten 200.000 neuen Stellen geschaffen werden. Bewerber aus den Job-Programmen »Jobperspektive« und »Kommunal-Kombi« würden aus der Wirtschaft kaum nachgefragt. Dabei könnten Betriebe, die solche Bewerber einstellen, bis zu 75 Prozent der gezahlten Lohnes erhalten. Auch beim »Kommunal-Kombi« schießt der Bund bis zu 500 Euro monatlich zu. Auch hier sind statt der erhofften 100.000 Bewerber bis Oktober 2008 nur 6.300 wieder aus der Arbeitslosenstatistik herausgefallen.

Kauft bei Deutschen!

Fortsetzung von Seite 1

Warum schaut man sich nicht, wie sonst auch, Hilfreiches aus dem Ausland ab? Weshalb wollen die Bonzen von CDU bis Linkspartei beispielsweise keine selektive Steuersenkung mittragen, die dazu imstande wäre, deutsche Produkte konkurrenzfähig gegenüber den Billigimporten zu machen, die seit Jahr und Tag unser Land überschwemmen und den deutschen Mittelstand langsam ausbluten lassen? Auf diesem Weg könnten in Deutschland gefertigte Produkte und bereitgestellte Dienstleistungen durch eine drastische Senkung der hierfür abverlangten Mehrwertsteuer verbilligt und die deutschen Hersteller und Dienstleister begünstigt werden.

Im Gegenzug wäre es mit sicheren Grenzen möglich, die massive Einfuhr

ausländischer Billigware zu verhindern bzw. mithilfe von wirksamen Zollmaßnahmen diese zu verteuern.

Ferner hat der Staat die Möglichkeit und nach unserem nationaldemokratischen Dafürhalten auch die Pflicht, gerade die mittelständischen, kleinen und Kleinstbetriebe als Basis der deutschen Volkswirtschaft durch Steuererleichterungen, Vergabe zinsgünstiger bzw. zinsloser Kredite mit der nötigen Kapitalausstattung zu versehen, daß diese ihren Beschäftigungs- und Ausbildungspflichten, sprich ihrer sozialen Verantwortung, nachkommen können.

Ein Mehr an Beschäftigung hätte einen Zuwachs an

Kaufkraft zur Folge, die Steuerquellen würden sprudeln, und die maßlose Verteuerung

der Produkte würde mittelfristig der Vergangenheit angehören. Maßnahmen aus dem keynesianischen Instrumentenkasten, wonach der Staat in wirtschaftlich klammen Zeiten mittels Staatsinvestitionen gesamtwirtschaftliche Nachfrage initiiert und mithilfe antizyklischer Wirtschaftspolitik Beschäftigungsprogramme veranlaßt, müssen endlich wieder die deutsche Politik durchziehen.

Doch auch wir als Bürger, als einfache deutsche Otto Normalverbraucher, können etwas tun, um Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung auszuüben. Mit der individuellen Entscheidung, Güter des täglichen Lebens bewußt bei deutschen Anbietern zu erwerben und somit zur Stärkung des deutschen Bauertums, des deutschen

Handwerks und bodenständiger einheimischer Dienstleister beizutragen.

Wenn wir als Deutsche, übrigens ähnlich den US-Amerikanern in Krisenzeiten, uns beim alltäglichen Einkaufen als Patrioten bewegen würden und gezielt deutsche Geschäfte und Produkte bevorzugen, könnten wir als Volk einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten, damit mehr Deutsche wieder in anständig bezahlte und leistungsgerechte Arbeit kommen, damit die Preise langfristig stabil bleiben und der Staat wieder in die Lage versetzt wird, die für unser Volk notwendigen Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge zu gewährleisten, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zu garantieren und sich von der zutiefst menschenverachtenden Globalisierung loszulösen, um einen Weg der nationalen und sozialen Erneuerung zu gehen.



2000 Jahre Freiheitskampf

Vor 2000 Jahren schlug Hermann der Cherusker die Schlacht im Teutoburger Wald und vertrieb die römischen Legionen aus Germanien. Er schaffte es, die germanischen Stämme zu vereinen. Daher gilt dieses historische Ereignis als die Geburtsstunde der deutschen Nation. Heute findet wieder eine Landnahme unseres Heimatbodens statt. Wir Deutschen werden uns auch gegen diese Eroberungspolitik wehren müssen wie EIN Mann. Ansonsten können wir 2000 Jahre nach Hermann das Kapitel »Deutsches Volk« im Buch der Geschichte wieder schließen.

Die Lüge von der »rechten Gewalt«

In den letzten Jahren sorgten immer wieder angebliche Übergriffe »rechtsextremistischer« Täter für spektakuläre Schlagzeilen und viel öffentliche Hysterie. Allerdings stellte sich in allen Fällen später heraus, daß die Täter keine »Rechten« waren:

► Am 27. Juli 2000 wurde in Düsseldorf ein Sprengstoffanschlag auf eine Gruppe jüdischer Zuwanderer aus Rußland verübt, über dessen Hintergründe man nichts wußte, der aber direkt dazu führte, daß ein Parteiverbotsverfahren gegen die NPD eröffnet wurde. Ein Jahr nach dem Attentat enthüllte

die Wochenzeitung *Die Zeit*, daß alle Spuren der Ermittler ins kaukasische Mafiamilieu führten, aufgeklärt wurde der Anschlag indes nie.

► Im November 2000 übernahmen alle bundesweit relevanten Medien ungeprüft die Angaben der *Bild-Zeitung*, nach denen der sechsjährige Joseph Kanteberg-Abdullah von einer Meute von 50 neonazistischen Skinheads im Freibad von Sebnitz am helllichten Tag und vor den Augen zuschauender Gaffer ertränkt worden sei. Später stellte sich heraus, daß der Junge beim Schwimmen einem Herzinfarkt aufgrund eines angeborenen Herzfehler erlegen war.

► Im November 2007 erregte die 17jährige Mittweidaer Schülerin Rebecca K. die bundesweite Medienaufmerksamkeit mit ihrer Behauptung, daß ihr vier Skinheads in NSDAP-Bomberjacken ein Hakenkreuz eingeritzt hätten, wobei mittlerweile gerichtsfest belegt ist, daß die junge Frau sich ihre Verletzung selbst beibrachte.

► In die Reihe dieser Orte wird sich zukünftig auch die niederbayerische Gemeinde Fürstenzell einreihen, in der nach Medienangaben der weltweit wohl einmalige Brauch herrschen soll, in der Adventszeit Messer vor die Türen zu legen...

Versklavung 2.0

Das Bundessozialgericht hat jetzt entschieden, daß Hartz-IV-Empfänger auch dann einen sogenannten »Ein-Euro-Job« annehmen müssen, wenn die wöchentliche Arbeitszeit 30 Stunden beträgt. Für den Fall, daß der »Job« nicht angenommen wird, droht die Kürzung des ALG II. Die moderne Versklavung erreicht mit dieser Entscheidung eine völlig neue Dimension und läßt nur einen Schluß zu: Deutschland steht kurz vor dem totalen Ruin.

Eine Beobachtung drängt sich förmlich auf: Die chronologische Abfolge der Versklavungs-Eckpunkte treibt offenbar ihrem Höhe- und Scheitelpunkt entgegen. Scheinbar zündet jetzt eine der letzten Phasen zur tota-

len Unterwerfung der Massen. Schon als normale Vollzeitstellen gegen billigere Leiharbeiter ausgetauscht wurden, hätten alle Alarmglocken schrillen müssen. Daß die Politik tatenlos zusah, wie gesunde Unternehmen ihre Gewinne mithilfe von Leiharbeitern nach oben trieben, zeigt, daß den heutigen Staatslenkern kein Mittel skrupellos genug ist, den deutschen Michel weiter auszubeuten.

Ob Finanzkrise oder nicht - eine weitere Stufe der Versklavung wurde mit dieser Entscheidung des Bundessozialgerichtes eingeläutet. Jeder, der noch etwas Verstand hat, wird wissen, was jetzt passiert. Weil den Wirtschaftsbossen die Leiharbeiter jetzt auch zu teuer sind, leckt man sich schon alle Finger nach den nun be-

reit stehenden »Ein-Euro-Jobbern«. Ebenso wie normale Angestellte gegen die Leiharbeiter ausgetauscht wurden, ist nun zu vermuten, daß die Leiharbeiter ihrerseits gegen die nächste und wiederum billigere Kolonne der »Ein-Euro-Jobber« ausgetauscht werden.

Die nächste Phase der Versklavung wird dann wohl so aussehen, daß auch 80jährige, Behinderte und Kinder werden arbeiten müssen. Lohn wird es dann gar keinen mehr geben. Statt-

dessen wird es wieder Lebensmittelmarken, Heizmarken und Strommarken geben.

Die Bürger müssen endlich begreifen, daß sie von Politikern, die solches zu verantworten haben, nicht vertreten, sondern verraten, versklavt und ausgebeutet werden. Wer sei-

ne Menschen- und Volksrechte verteidigen möchte, der muß spätestens jetzt eine echte Volkspartei wählen: die NPD. Denn sozial geht nur national.





Volk

Ein Volk ist eine menschliche Gemeinschaft nah verwandter Individuen. Wie eine Familie - nur größer. Es zeichnet sich durch gemeinsame Abstammung, gemeinsame Kultur, gemeinsames Erleben und gemeinsames Schicksal aus. Aus einem Volk kann man nicht einfach austreten, ebensowenig kann man durch eine Erklärung oder einen Paß Angehöriger eines Volkes werden. Das Volk ist das höchste schützenswerte Gut eines Staates, deshalb heißt es im Amtseid: »Ich schwöre, dem deutschen Volke zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden.«



Identität

Das Kennzeichen der Menschheit ist die Vielfaltigkeit und die Eigentümlichkeit ihrer Völker und Kulturen. Jede Gleichmachung ist gleichbedeutend mit Tod und Erstarrung. Wir lehnen eine Politik ab, die bestrebt ist, die Identität von Völkern und Individuen durch Globalisierung und Einwanderung zu zerstören. Identität, das ist die Übereinstimmung mit sich selbst. Menschen ohne Identität sind krank. Das gleiche gilt für Völker. Das Streben eines Volkes nach Identität nennt man Nationalismus. Derzeit beobachtet man weltweit wieder dieses Streben.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 3

Der Rattenfänger von Berlin Eine traurige Geschichte aus dem 21. Jahrhundert



Rattenjagd als Ein-Euro-Job?

Ein Vertreter der einzigen sich selbst liberal nennenden Partei in der BRD, der FDP, hat seine menschenverachtende Gesinnung und die seiner Parteifreunde jetzt auch dem Naivsten offen dargelegt.

Henner Schmidt, Fraktionsvize im Berliner Abgeordnetenhaus, will arme Berliner Bürger auf die zahlreich vorhandenen Ratten ansetzen. Statt sich mit dem Sammeln von Pfandflaschen ein paar Cent dazu zu verdienen, schlägt dieser sozialpolitische Armlauchter vor, daß Berliner Hartz-IV-Empfänger als Teilzeit-Rattenjäger auftreten und tatsächlich einen ganzen Euro für jede tote Ratte ausgezahlt bekommen sollen.

Bis vor kurzem bildeten die menschenfeindlichen Appelle des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD) die Spitze des sozialen Eisbergs zur Diffamierung wirtschaftlich und finanziell Benachteiligter. Da gab es

zum einen die Hartz-IV-Menüs, mit denen die Armen dieser Republik sich selbst und ihre Kinder mit 4,25 Euro pro Tag durchbringen sollten, oder der Tipp die Heizung abzdrehen und sich stattdessen gegen den Winter mit einem warmen Pullover zu wehren. Das sind zwei Momentaufnahmen für die sozialpolitischen Frechheiten einer abgehobenen und vom eigenen Volk entfremdeten Systempolitikerklasse.

Nun scheint ein Wettbewerb innerhalb des etablierten Systemkartells entbrannt zu sein, wer die übleren und vor Menschenverachtung strotzenderen Forderungen in die soziale Debatte einwirft. Die Armen dieser Gesellschaft, deren Zahl ständig zunimmt, werden von den parlamentarischen Berufsschwätzern immer weniger als politisch ernst zu nehmende Kraft wahrgenommen. Stattdessen schiebt es sich in der politischen Klasse, gegen die, die durch's soziale Netz zu fallen drohen, auch noch zu hetzen.

Die asozialpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre lassen zu dem eindeutigen Schluß kommen, daß Lebensformen wie SPD-Sarrazin und der bisher scheinbar unter seiner Unbekanntheit leidende FDP-Schmidt keine randständigen Einzelakteure sind, sondern daß deren sozialpolitischen Amokläufe mittlerweile integraler Bestandteil des etablierten Wertekanons sind. Der Gipfel der Frechheiten gegen das eigene Wahlvolk ist höchstwahrscheinlich noch lange nicht erreicht. Deswegen sind alle gespannt, welche Unverschämtheit nach der Rattenjagd kommt.

Wir Nationaldemokraten bekämpfen als einzige politische Kraft die perverse Ausplünderungspolitik und die menschenverachtende Propaganda gegen ganze Schichten unseres Volkes. Wir wehren uns dagegen, daß die von den Etablierten aufgerissenen Finanzlöcher durch Mehrbelastungen von Eltern, Arbeitslosen und Rentnern gestopft werden.

Wir fordern eine gerechte Lohnpolitik mit Mindestlöhnen, die Armut beseitigen und durch die Kaufkrafterhöhung eine sich selbst tragende positive Wirtschaftsentwicklung einleiten und damit zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik muß den Leitsatz anwenden: sozial geht nur national!

Liberalen Extremisten als Alternative?

Frischer Wind wurde den Wählern von etablierten Politakteuren schon oft versprochen. Wenn die Privilegierten es geschickt anstellen, dann gelingt es ihnen, haufenweise Wählerstimmen einzusacken. Anschließend wundern sich die Wähler dann regelmäßig, daß der »frische Wind« mit einem äußerst unangenehmen und penetranten Geruch verbunden ist.

Die aktuelle Wirtschaftskrise läßt unzufriedene Wähler nach einer Alternative zur

wirksamen Krisenbekämpfung suchen. Die BRD-Massenmedien bieten ihnen dafür eine ausgelatschte Scheinalternative: Die FDP des besserdienenden Westerwelle. Systematisch werden potentielle Protestwähler zur FDP getrieben, zum Schaden von CDU und CSU. Die neoliberalen Westerwellen sollen den Verdruß über die globalistische Finanzkrise kanalisieren. Das ist schlichtweg paradox, denn besonders die FDP vertritt einen aggressiven Anarchokapitalismus mit asozialem Globalisierungskurs. Wegen

ihrer extremistischen Forderungen sind die Westerwellen mitverantwortlich für die globale Finanzkatastrophe und den rapiden wirtschaftlichen Abschwung.

Wenn es den Etablierten gelingt, die Wähler erneut zu täuschen und die FDP zur »Wahlalternative« aufgebläht wird, dann werden die Wähler nach den Wahlen 2009 schnell feststellen, daß sie keinen frischen Wind gegen die globalistische Wirtschaftskrise gewählt haben, sondern sich unangenehme politische Blähungen eingehandelt haben.

Von Hartz IV zum Spitzel?

Überwachungsstaat immer perverser



Die Agentur für Arbeit soll Hartz-IV-Empfängern Stellenangebote für den Verfassungsschutz machen.

Die gängige Praxis ist so, daß ein Hartz-IV-Empfänger, der ein Stellenangebot ablehnt, mit Leistungskürzungen rechnen muß. Kann das bei der nun geplanten Massenrekrutierung von Spitzeln jeden Leistungsempfänger treffen?

Seitens der Agentur für Arbeit wurde versichert, daß nur Interessierten diese Stellenangebote gemacht würden, was jedoch nicht all zu glaubwürdig erscheint, da die Mitarbeiter gehalten sind, um jeden Preis zu vermitteln. Die Aussicht »Kunden« durch Vermittlung statistisch zu erledigen,

wird in den Jobcentern für die nötige Motivation sorgen.

Allein schon die Tatsache, daß der Verfassungsschutz durch Stellenanzeigen Spitzel sucht, zeigt wie groß die heimdienstliche Not ist. Von Not Geplagte neigen zu Überreaktionen. Hier liegt die große Gefahr für die potentiellen Opfer. Denn es können auch nicht gezielte Werbungen über die Jobcenter ausgeschlossen werden, da noch nicht bekannt ist, ob die Geheimdienste ihre Personendateien mit den Dateien der Arbeitssuchenden abgleichen werden.

Auf jeden Fall sollten sich politisch engagierte Regimekritiker auf solche obszönen Angebote geistig einrichten. Die Reaktion muß auf jeden Fall zurückhaltend sein. Alle

Betroffenen sollten umgehend einen Zeugen hinzuziehen und alles genau protokollieren lassen, damit sie bei sozialgerichtlichen Auseinandersetzungen gerichtsfestes Material vorlegen können.

Der Jurist Michael Andrejewski, selbst jahrelang Hartz-IV-Empfänger und heute Landtagsabgeordneter für die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, äußerte sich hierzu wie folgt:

»Sollte versucht werden, diesen Irrsinn tatsächlich mit der Drohung von Leistungskürzungen umzusetzen, rate ich dringend, damit vor ein Sozialgericht zu ziehen. Meines Erachtens ist die Agententätigkeit genau so sittenwidrig wie Prostitution oder Zuhälterei. Die Chancen vor Gericht zu obsiegen, sind mehr als gut.«

Hypo Real Estate (HRE) – Ein Faß ohne Boden

Schon der Name ist unseriös. Hypo steht für die in Europa übliche Bezeichnung Hypothek und Real Estate ist die im angelsächsischen Raum übliche Bezeichnung für Hypothek. Wie der Name so das Geschäftsgebaren: Unseriös.

Einer der wichtigsten Pfandbriefherausgeber der Bundesrepublik hat sich in die Pleite gewirtschaftet. Würde der Kapitalismus konsequent angewandt, würde die Krise zur Bereinigung genutzt und HRE würde abgewickelt.

Aber Kapitalisten sind inkonsequent. Sie verraten ihre eigene Weltanschauung, wenn es um Verluste geht. Deswegen wurden bereits 102 Milliarden Euro in den bankrotten Bank gepumpt. Jedoch ohne Erfolg.

Arbeitsamt wegen Überfüllung dicht gemacht

Dresden. Das Arbeitsamt in Dresden ist eine Art Prototyp für die globalistische Wirtschaftskrise. Mit Milliardenbeträgen wurden dort hoch subventionierte Arbeitsplätze in der Elektronikindustrie geschaffen. Diese Entscheidung war richtig und falsch. Richtig war aus strategischen Gründen eine Produktion für Chips in Deutschland aufzubauen, da im Maschinen- und Anlagenbau, beim Bau von Kraftfahrzeugen, Schiffen und Flugzeugen Chips benötigt werden. Wehe dem, der in diesem Sektor kapitalistischen Interessen ausgesetzt ist. Falsch war, die Arbeitsplätze von globali-

stischen Firmen betreiben zu lassen, die jede sich bietende Gelegenheit wahrnehmen, den deutschen Steuerzahler gnadenlos abzuzocken.

Jetzt liegt das Kind tief im Brunnen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, an der nicht ein Vertreter der globalisierungsextremistischen Altparteien Schuld haben will, nimmt weiter an Fahrt auf: Kurzarbeiter und Entlassene gleichermaßen sollen in Dresden für einen Ansturm auf das Arbeitsamt gesorgt haben, weshalb die Agentur für Arbeit schon ab 11:30 Uhr ihre Türen wegen »Überfüllung« geschlossen haben soll. »Es mutete wie auf den

Bildern an, die vom Jahr 1929 bekannt sind. Lange Schlangen, stundenlanges Warten. Ich fühlte mich wie im falschen Film«, so ein Betroffener.

Die wirtschaftlichen Eckdaten für das vierte Quartal 2008 weisen die ungebremste Talfahrt der Wirtschaft mit gnadenlosen Zahlen aus. Die Dresdner Verhältnisse werden bald in der ganzen BRD traurige Wirklichkeit werden. Dort, wo bislang für den Export gearbeitet wird, werden die Lichter zu erst ausgeschaltet und die Türen der Agentur für Arbeit so weit wie möglich geöffnet, bis zur Überfüllung. Und dann?

EU-Demokratieverständnis

Millionenschwere Manipulationskampagne

Meinungsmanipulation - so wird zumindest immer behauptet - gäbe es nur in diktatorischen Systemen. In Demokratien hingegen kann sich jeder unbeeinflusst seine Meinung bilden. Presse- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut – soweit zumindest in der Theorie.



Bürger hat und wie wenig überzeugend seine Argumente sein müssen. Hoffen wir, daß die Iren sich von der EU nicht einwickeln lassen.

In Deutschland wird der sogenannte Lissabonner Vertrag vor dem Bundes-

Die EU geht andere Wege: Die Europäische Kommission beschloß jüngst, 1,8 Mio Euro für eine »Kommunikationskampagne« in Irland auszugeben. Zielgruppe dieser Kampagne sollen vor allem Frauen, Jugendliche und sozial benachteiligte Menschen sein – also alles Iren, die sich prozentual hoch im vergangenen Jahr gegen den Vertrag von Lissabon ausgesprochen haben - und damit ein klares »Nein« Irlands zu einem europäischen Einheitsstaat erwirkt haben.

Auf Druck Brüssels hatte sich dann die irische Re-

gierung zu einem zweiten Referendum in dieser Frage entschlossen. Offensichtlich möchte Brüssel nun nichts mehr dem Zufall überlassen. Die Kommission verneint zwar ernsthaft, durch die Kampagne die Iren zu einem »Ja« im zu wiederholenden Referendum bewegen zu wollen. Sinn der Kampagne sei es, Unwissenheit über die EU auszuräumen. Zeit, Zielgruppe und Land sprechen hier aber eine andere Sprache. Wer Meinungsangebote mit einer Millionenkampagne beeinflussen muß, zeigt einerseits, welche Angst er vor dem mündigen

fassungsgericht in Karlsruhe verhandelt. Es geht um die Frage, ob Deutschland durch den Vertrag von Lissabon seine Staatlichkeit verliert; ob die EU durch den neuen Integrationsprozess noch eine Gestalt hat, in der Deutschland nach seinem Grundgesetz ohne weiteres Mitglied sein darf. Wird insbesondere dem demokratischen Prinzip Genüge getan? Kann der deutsche Souverän in ausreichendem Maße mitwirken? Ein Urteilsspruch des höchsten deutschen Gerichts wird von vielen voller Spannung erwartet.



»Rassismus«

Die NPD hält den Begriff des »Rassismus« für einen Kampfbegriff der politischen Korrektheit, der gegen jeden eingesetzt wird, der sich für die Rechte des eigenen Volkes einsetzt. Wer sich gegen Einwanderung ausspricht, gilt als Rassist, verachtet also angeblich Völker. Tatsächlich verachten jene die Völker und Rassen, die sich für eine Gleichmachung durch Globalisierung und Einwanderung aussprechen. Die Forderung, Fremde in ihre Heimat zurückzuführen, ist nicht rassistisch, sondern menschlich.



Tradition

Wir Nationaldemokraten wollen die deutsche Wertewelt und die Kultur unseres Volkes erhalten. Unsere Überlieferungen, unsere Sprache und Bräuche sind ein wichtiger Bestandteil unserer nationalen Tradition. Diese wird jedoch durch eine Islamisierung gefährdet. Die einwandernden Muslime verschieben unsere Wertewelt. Wer Einwanderung will, muß sich darüber im klaren sein. Die NPD lehnt den massenhaften Zuzug von kulturell fremden Ausländern aus diesem Grunde ab.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 4

Jetzt reicht's

Der bevormundende Staat

Die Pharmalobby regiert

Angeblich leben wir im freiesten Staat auf deutschem Boden. Jede Kritik wird als verfassungsfeindlich verunglimpft. Dies geschieht mit gutem Grund – aus Angst, man könnte die Mechanismen dieser Demokratie erkennen. Denn sieht man hinter die Fassade dieses Gemeinwesens, zeigt sich nur Gängelung und Bevormundung.

Der Jurist Johann Braun formuliert dies in seinem neuen Buch »Wahn und Wirklichkeit: Über die innere Verfassung der Bundesrepublik Deutschland« so: »Das Vertrauen, das in einer repräsentativen Demokratie an sich dem Abgeordneten gilt, wird in Deutschland von den Parteien kurzerhand für sich in Anspruch genommen. Man kann es auch schärfer formulieren: Es wird dazu benutzt, um den Wähler zu entmündigen und zum bloßen Stimmvieh zu degradieren.«

Verordnungen und komplizierte Gesetze pflastern den Alltag der Deutschen. »Die Sprache des Gesetzes muß einfach sein«, forderte noch der Vater der modernen Gewaltenteilung, Montesquieu. Denn nur an Gesetze, die der Bürger versteht, kann er sich halten. Statt aber den mündigen Bürger zu fordern, regiert

eine Staatsgewalt, die bis ins kleinste unverständliche Vorschriften macht.

Aktuelles Beispiel: Die Krankenkassen schreiben den Patienten – auf gesetzliche Anweisung der Politik – Arznei- und Hilfsmittel vor. Mit Rabattverträgen handeln die Krankenkassen wie absolutistische Herrscher nur unter dem Kostengesichtspunkt Verträge mit Firmen aus, ohne dabei die Bedürfnisse der Patienten zu berücksichtigen. Wenn das Arzneimittel für den einzelnen nicht verfügbar ist – egal. Wenn die Inkontinenzmittel nicht passen – das interessiert ja den Krankenkassenvorstand nicht. Hauptsache billig. Und für den Vorstand ein dickes Gehalt.

Für andere Sachen ist Geld da. Da werden Zocker an der Börse mit 500 Milliarden Euro ganz ohne Probleme und sofort unterstützt. Die Länder tragen rund ein Drittel, und auch der niedersächsische Landesvater stimmt dem ohne Bedenken zu. Gleichzeitig sollen auf dem Rücken der Kranken Millionen gespart werden.

Was maßt der Staat sich an? Seine Aufgaben vernachlässigt er: Die Schulen verkommen im Land, von Sicherheit auf den Straßen kann nicht die Rede sein, Arbeits-

plätze verlagern sich ins Ausland. Das alles bekommen die Politiker nicht auf die Reihe. Aber sie schreiben Patienten und Ärzten vor, welche Medikamente sie zu nehmen und zu verschreiben haben.

Selbst Therapieformen werden vorgeschrieben. In Hannover mußten Eltern jüngst ihr Kind zu Hause behalten, weil sie es nicht gegen Masern impfen lassen wollten. Impfschäden werden heute bagatellisiert und totgeschwiegen. Die Pharmalobby hat ein Interesse, ihre Impfstoffe ans Kind zu bringen. Der Staat macht als williger

Vollstrecker das, was die Industrie will.

Schert eine Familie aus, weil sie die Gefahren der Impfung höher einschätzt als das Durchleben einer Kinderkrankheit, muß sie mit Repressionen rechnen. So sieht die Wirklichkeit im Gängelstaat Deutschland aus.

Nationaldemokratie will mehr Freiheit wagen. Ein starker Staat ist wichtig und gut, wo er Sicherheit und einen wirtschaftspolitischen Rahmen garantiert. In die Familien und Biographien der Menschen hat er nicht hinein zu regieren.



Deutschland zuerst

Viele junge Leute vor allem in Mitteldeutschland ein Schicksal: sie suchen vergeblich einen Ausbildungsplatz bzw. eine Arbeitsstelle in ihrer Heimat.

Für viele ist der einzige Ausweg die Abwanderung in den scheinbar wirtschaftlich stabileren Westen. So haben schon Millionen ihrer Heimat den Rücken gekehrt, weil sie keine beruflichen Perspektiven mehr sehen. Dies gilt nicht nur für Geringqualifizierte. Auch Ärzte und andere Akademiker finden in den heimischen Gefilden kaum noch eine Beschäftigung, die ihren Fähigkeiten entspricht. Deswegen gibt es im zunehmenden Maß Landstriche, in denen junge Menschen kaum noch zu sehen sind. Daß sich hier keine neuen Investoren ansiedeln und kein stabiler Mittelstand bilden kann, liegt auf der Hand. Die Verödung bewirkt einen wirtschaftlichen und sozialen Teufelskreislauf, dessen Symptome in Mindereinnahmen der Kommunen, fehlenden Bildungs- und Kultureinrichtungen und fast völligem Abbau jeglicher öffentlicher Infrastruktur bestehen.

So weit die Lage. Wie reagieren nun die Etablierten auf dieses Problem, deutsch oder antideutsch, menschlich oder unmenschlich? Ein gewichtiger Teil der Etablierten hat sich entschlossen, antideutsch und unmenschlich zu reagieren. Sie wollen eine

gezielte Entvölkerung mittels Prämienzahlung betreiben. Wer sich bereit erklärt, seine Heimat für immer zu verlassen, der soll mit Steuergeldern alimentiert werden. Die Etablierten sind unwillig, der einheimischen Jugend Perspektiven zu bieten. Statt dessen finanzieren sie lieber den Wegzug unzähliger junger Menschen.

Wer sich näher mit diesen antideutschen und unmenschlichen Plänen befaßt, wird schnell hinter den Visagen etablierter Politiker die Fratzen von Lobbyisten des Großkapitals entdecken. Sie wollen eine weitere Verdichtung erreichen, damit der Druck auf die Beschäftigten wächst und Löhne und Gehälter gesenkt werden können.

Allerdings sind hier noch nicht die letzten Worte gesprochen, da andere Vertreter des Großkapitals vom Flächenverbrauch und der Ausdehnung der Infrastruktur existieren. Am Ende werden die Bürger entdecken, daß viel geredet wurde, aber dafür nichts gesagt wurde und Steuern für die Anfertigung von Expertenstudien verschleudert wurden, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie gedruckt wurden. Nationaldemokraten würden Zeit und Geld für eine deutsche und menschliche Lösung verwenden, und die kann nur lauten: Niemand sollte seine Heimat aus Not verlassen müssen!

Kinder nicht wegorganisieren

Es wird überall vom Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztagschulen geredet, und alle nicken freundlich. Sowohl die alten 68er als auch die davon profitierende Wirtschaft unterstützen das Wegorganisieren der Kinder aus den Familien und aus dem Alltag der Gesellschaft.

Wo sehen wir noch Kinder auf den Straßen? Eltern werden zu erziehungsunfähigen Idioten abgestempelt, und die wenigen Kinder, die unser Land noch hat, werden lieber der Obhut des Staates übergeben. Jener Staat jedoch verfolgt mit seinem Erziehungsgedanken nur ein Ziel: »Weltbürger« ohne Nationalstolz, entwurzelte Menschen ohne Bindung zu Mutter und Vater und mit materialistischem Denken zu pro-

schlagen. Die NPD wehrt sich gegen solche Ansätze und sieht die Familie – mit Eltern, Kindern, Großeltern und Anverwandten – als die tragende Kraft des Landes.

Die Beziehungen in den Familien müssen gestärkt werden, hierzu brauchen sie Zeit füreinander. Wenn heute ein Elternpaar im Schnitt 78 Stunden wöchentlich außerhalb der Hausarbeit, ist Zeit das wenigste, was Kinder mit ihren Eltern gemeinsam haben. Und das zerstört die Bindung. Bindungslose Menschen jedoch sind nicht gemeinschaftsfähig.

Wenn wir uns eine soziale Gesellschaft erhalten wollen, müssen wir die Familien stärken. Abschaffung der finanziellen Ungerechtigkeit zwischen Kinderlosen und Eltern, bessere Rechte gegenüber



duzieren. Die Ideologen des Systems nennen Eltern bereits »Primärbezugsperson«, denn es soll klar werden, daß sie austauschbar sind.

Hier wird eindeutig gegen die Natur gehandelt und alles dafür getan, einen Keil zwischen die Generationen zu

Arbeitgebern und hohe Anerkennung der unentbehrlichen Leistung, die Eltern für alle von uns erbringen, müssen erste Maßnahmen sein, um Familien mit Kindern aufzuwerten und zu unterstützen. So erst bricht für uns eine hoffnungsvollere Zukunft an.

Kriminelle Ausländer und Asylbetrüger raus!

Die Mär von der angeblichen »Rechten Gewalt« ist dank der Debatte über kriminelle Ausländer längst wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen.

Dabei belegten die statistischen Zahlen dies schon längst: So wurden im Jahr 2006 nach amtlicher Statistik 215.471 bundesweite Gewaltdelikte registriert. Gerade einmal 0,5 % aller Gewaltdelikte, 1047, waren »rechtsextremistisch« motiviert. Soviel zu der Hysterie über angebliche »Rechte Gewalt«. In bundesweiten Statistiken erfahren wir allerdings keine Differenzierung nach Tätern ausländischer Herkunft. Dies geschieht nur in drei Bundesländern, und wir sollten hier einmal einige Zahlen aus Berlin sprechen lassen. Diese kann dann jeder »hochrechnen«.

Der mutige Oberstaatsanwalt Roman Reusch aus Berlin hatte im letzten Jahr Klartext gesprochen, wurde dann von seinem Vorgesetzten zurückgepfiffen und durfte nicht in der ARD-Sendung »Hart aber Fair« von Frank Plasberg auftreten. Er wurde daraufhin versetzt, doch seine klaren Stellungnahmen sind in der Öffentlichkeit: Er spricht davon, daß von Intensivtätern mit mindestens zehn schweren Straftaten 44 % Heranwachsende sind. Davon sind 80 % der Täter Ausländer oder haben mindestens ein ausländisches Elternteil. Reusch schockierte die Öffentlichkeit, als er davon berichtete, wie ausländische Jugendliche aus

solchen Familien bereits von Müttern zum Diebstahl angehalten werden und z.B. erst nach Hause zurückkehren dürfen, wenn eine bestimmte Mindestbeute erreicht ist. Ihre Taten würden in erster Linie später dann einem aufwendigen Lebensstil dienen, den sie sich durch Arbeit nie leisten könnten. Haftstrafen seien als Teil eines »Geschäftskonzeptes« einkalkuliert. Bevorzugte Delikte seien der Raub auf der Straße, in Verkehrsmitteln, auf Spielplätzen usw. Auch Einbrüche und bewaffnete Raubüberfälle auf Geschäfte und Lokale aller Art gehören zum Täterprofil solcher ausländischer Kriminellen. »Erwachsene werden nur vereinzelt und meist auch nur dann Opfer, wenn sie konstitutionell in ihrer Abwehrfähigkeit herabgesetzt sind, wie z.B. alte Menschen oder aber auch Betrunkene. Mädchen und junge Frauen, die diesen Tätern im wahren Sinne des Wortes in die Hände fallen, müssen immer auch damit rechnen, Opfer sexueller Übergriffe zu werden, meist einhergehend mit wüsten Beschimpfungen wie »deutsche Schlampe«, »deutsche Hure«, etc.«

Solche Veröffentlichungen stehen dieser Tage im Boulevardblatt Bild. Sie belegen unsere Forderungen nach einem generellen Ausländerrückführungsprogramm und der sofortigen Ausweisung von kriminellen Ausländern und Asylanten nach Verbüßung ihrer Haft sowie der Streichung des pauschalen Grundrechtes auf Asyl.

Machen Sie mit!

- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte Mitglied der JN werden (ab 14 Jahre).
- Ich interessiere mich für Ihre Arbeit und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).

Vorname

Name Alter

Straße, Nr.

PLZ, Ort

ePost Telefon

NPD, Postfach 84 01 57, 12531 Berlin

parteizentrale@npd.de

npd.de

V.i.S.d.P.: Klaus Beier, Seelenbinderstr. 42, 12555 Berlin - E.i.S.